

**Besprechung des Bundeskanzlers
mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 20. Juni 2024**

Beschluss

**TOP 3 Hybride Bedrohungen – Gemeinsamer Aktionsplan von Bund und
Ländern gegen Desinformation und für eine wehrhafte
Demokratie**

Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen folgenden gemeinsamen Beschluss:

1. Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder sind sich darin einig, dass in Deutschland hybride Bedrohungen einschließlich Desinformation alle staatlichen Ebenen betreffen. Ihre wirksame Abwehr hat daher eine hohe Bedeutung für unsere wehrhafte Demokratie.
2. Sie begrüßen die Einrichtung der Bund-Länder-offenen Arbeitsgruppe Hybride Bedrohungen (BLoAG Hybrid) im Rahmen der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK). Ebenso begrüßen sie den „Gemeinsamen Aktionsplan von Bund und Ländern gegen Desinformation und für eine wehrhafte Demokratie“, der dort von Bund und Ländern erarbeitet wird. Sie sind der Auffassung, dass sich die BLoAG Hybrid auch in Zukunft u.a. mit den Themen Desinformation, wirtschaftliche Einflussnahme, Spionage, dem Schutz kritischer Infrastruktur und der Abwehr von Cyberangriffen befassen sollte.
3. Für eine wirksame Bekämpfung hybrider Bedrohungen verpflichten sich Bund und Länder, bis September 2024 zentrale Koordinierungs- und Ansprechstellen (Single Points of Contact, SPOC) für das Thema hybride Bedrohungen einschließlich Desinformation einzurichten, die im Bund und im Land jeweils ressortübergreifend koordinierend für das Thema hybride Bedrohungen federführend sind und in dieser Funktion auch die Abstimmung über die Maßnahmen zum „Gemeinsamen

Aktionsplan von Bund und Ländern gegen Desinformation und für eine wehrhafte Demokratie“ koordinieren können.